

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST



P/VIII/200 - 28.8.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039 890

| | |
|---------------------------------------|------|
| Die Europapolitik der SPD | S. 1 |
| An Ende eines Massenstreiks | S. 3 |
| Steuergelder und Regierungspropaganda | S. 5 |
| Zur Tagung der Ostzonalen Volkskammer | S. 7 |

Der Weg zur Einheit Deutschlands und Europas

Der Parteivorstand der SPD hat am Donnerstag, dem 28. August eine Schrift veröffentlicht, die einen historischen Überblick über sozialdemokratische Bestrebungen für die Einheit Europas und eine Darstellung der Entwicklung und ihrer praktischen Möglichkeiten seit dem zweiten Weltkrieg gibt. Im folgenden geben wir die wesentlichen Gedankengänge wieder:

Die deutsche Politik muss stets auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gerichtet sein. Dies setzt eine Übereinkunft der vier Besatzungsmächte voraus. Solange die Spaltung Deutschlands nicht aufgehoben ist, darf die Bundesrepublik daher keine Bindungen eingehen, die die Wiedervereinigung hemmen und erschweren.

Europäische Zusammenarbeit, an der die Bundesrepublik als gleichberechtigter Partner teilnehmen will, darf nicht an rechtliche Formen gebunden werden, die von vornherein das Zusammenwirken europäischer Staaten auf breitestmöglicher Grundlage ausschliessen und zu Abspaltungen von den freien Nationen Europas führen.

Nachdem die Montanunion ungeachtet der Warnungen der Sozialdemokratie in Kraft gesetzt worden ist, tritt die SPD dafür ein, die Verbindungen der Montanunion zu ausserhalb stehenden Ländern auszugestalten und zu vertiefen, um den in der Montanunion enthaltenen Monopol- und Kartelltendenzen durch europäische Wirtschaftszusammenarbeit entgegenzuwirken.

Die Organisation für Europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) und die Europäische Zahlungsunion (EZU) müssen aus-

gebaut und parlamentarisch kontrolliert werden. Die zweckmässigste Form hierfür ist die wiederholt geforderte Verbindung mit dem Europarat. Ihre Aufgabe ist eine gemeinsame europäische Politik der Vollbeschäftigung in Richtung auf eine Hebung des Lebensstandards in allen europäischen Staaten und eine allmähliche Angleichung der verschiedenen Wirtschaftssysteme. Zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Schließung der Dollarlücke müssen die mit Europa verbundenen Gebiete systematisch im Sinne der Empfehlungen des "Strassburger Planes" wirtschaftlich erschlossen werden. Hand in Hand mit der Vollbeschäftigungspolitik muss eine Lenkung der in Europa aufzubringenden oder von nicht-europäischen Ländern in Europa zu investierenden Kapitalien gehen, damit die europäische Produktionskapazität voll erschlossen werden kann.

Anhand der vom Europarat beschlossenen Empfehlungen sollte durch den "Low Tariff Club" ein Abbau der europäischen Binnenzölle erreicht werden. Das endgültige Ziel ist die Europäische Zollunion. Die Verwirklichung der hier vorgeschlagenen Politik würde die Voraussetzungen schaffen für einen Abbau der mengenmässigen Handelsbeschränkungen für eine allgemeine Konvertierbarkeit der Währungen und für eine allmählich sich entwickelnde europäische Währungseinheit.

In Anzügen freien Europa muss die Freizügigkeit für Menschen und der freie Austausch aller Waren und Nachrichten gesichert werden.

Zur Vermeidung unnötigen Leerlaufs ist eine bessere Ausnutzung der europäischen Transportmittel nach dem Muster des französischen Güterwagen pools anzustreben.

Eine gesunde europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit wird das Sozialgefälle zwischen den europäischen Ländern mindern und den Lebensstandard dem Niveau der fortgeschrittenen Länder Europas angleichen.

Die Beseitigung des Sozialgefälles zwischen den europäischen Ländern ist eine Voraussetzung für die Freizügigkeit aller Arbeitnehmer innerhalb ganz Europas. Ein gemeinsames europäisches Gesetzgebungswork für die soziale Sicherheit, die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus der Sozialversicherung und die Gewährung von Fürsorgeleistungen an alle Europäer sind Schritte auf diesem Wege.

Zur Angleichung des Rechtssystems sind die Konvention der Menschenrechte zu ratifizieren und die Institutionen zur Durchführung dieser Konvention anzuerkennen. Die übrigen Rechtsgebiete, vor allem Zivil- und Strafrecht sind einander weitgehend anzugleichen. Zur Stärkung des Gefühls kultureller Zusammengehörigkeit sind Abkommen über das Hochschulwesen, ein europäisches Abitur, über den Austausch von Professoren, Studenten, Lehrern, Schülern und Arbeitern und über die Bereinigung von Geschichtsbüchern von nationalistischen Darstellungen abzuschliessen.

Sichtvermerke für Reisen europäischer Staatsbürger in europäischen Staaten sollen abgeschafft werden. Das Ziel ist die Beseitigung des Passwesens.

Die SPD hat sich der Regierung Adenauer gegenüber vorgeblich um eine gemeinsame Politik von Regierung und Opposition in Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Zusammenarbeit bemüht. Sie wird sich für eine solche gemeinsame Politik auch nach Änderung der Mehrheitsverhältnisse mit Nachdruck einsetzen.

Ein einheitliches Deutschland in einem geeinten Europa wird für wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und inneren Frieden bürgen und damit immun werden gegen kommunistische Beeinflussung. Es wird in freien Wahlen seinen politischen Standort selbst wählen und seine inneren Angelegenheiten selbst ordnen. Es wird in enger Gemeinschaft mit den freien Völkern Europas leben, Freundschaft zu den übrigen freien Völkern des Erdballs pflegen und normale Beziehungen zu allen anderen Regierungen unterhalten, um damit seinen Beitrag für die Bewahrung des Weltfriedens zu leisten.

Unser Mexikaner Korrespondent mußte seine briefliche Berichterstattung wegen des Streiks einige Zeit aussetzen. Wir erhielten jetzt wieder einen ersten Beitrag von ihm, der uns einen guten Einblick in die französische Situation zu geben scheint. (D.Red.)

Ursachen und Folgen eines Massenstreiks

G.S.-Paris, Ende August

Wie eine Sturmflut brach vor drei Wochen der Streik der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste, an dem über drei Millionen Personen teilnahmen, über Frankreich herein. Noch nie zuvor hatte es in Frankreich, mitten im August, in der Periode des bezahlten Urlaubs, eine derartige Massenbewegung gegeben. Worauf war sie zurückzuführen, welches sind ihre Ursachen und welches können ihre Folgen sein?

Gewiß: Es besteht kein Zweifel daran, daß die von der Regierung beabsichtigten und bekanntgewordenen Dekrete zum Ausbruch des Streiks führten, der spontan in Bordeaux von der sozialistischen Gewerkschaft der Postbeamten entfesselt wurde. Aber kann im Ernst angenommen werden, daß die von der Regierung ausgearbeiteten Maßnahmen allein ausgereicht hätten, um eine derartige Massenbewegung zu entfesseln? Gespräche und Diskussionen mit zahlreichen Arbeitern und Gewerkschaftlern haben uns davon überzeugt, daß die von der Regierung in den öffentlichen Diensten verfügte Heraufsetzung des Dienstalters und die beabsichtigte Entlassung von Personal in den öffentlichen Diensten nicht genügt hätten, diesen eruptiven Streik zu entfesseln: Vielmehr brachte diese Bewegung zum Ausdruck, daß es sich da um den berühmten letzten Tropfen handelte, der den Krug zum Überlaufen brachte.

Tatsache ist, daß die Postbeamten, die den Streik begannen, Löhne erhalten, die menschenunwürdig sind. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaft der Postbeamten den zahlreichen Ausländern, die in dieser Periode Paris besuchen und mehr den unerhörten Luxus als das Elend in der französischen Hauptstadt sehen, auf Plakaten zur Kenntnis brachten, wie ihre wirkliche Lage ist. Den Bergarbeitern, den Arbeitern der Gas- und Elektrizitätsindustrie und all jenen Hunderttausenden, die in den Ausstand traten, geht es kaum besser. Die Dekrete der Regierung waren für alle diese Arbeiter der Anlaß, ihren lange verhaltenen Zorn zum Ausdruck zu bringen. In diesem Sinne handelte es sich bei der französischen Massenstreikbewegung um eine politische Aktion.

Und zwar um eine politische Aktion gegen eine Regierung, die der gesamten Bevölkerung tagtäglich den Eindruck vermittelt, eine Rechtsregierung zu sein, die sich ausschließlich in den Dienst der Besitzenden gestellt hat. Jeder der Streikenden wußte, daß die von der Regierung ausgearbeiteten Dekrete ausschließlich Opfer ("Im Interesse der Nation") von den Armen forderten und nicht im geringsten die Besitzenden belasteten. Überall auf der Straße konnte man während der Streik tage hören: "Es sind immer die Gleichen, die für das Defizit aufkommen müssen!"

Sehr bedeutungsvoll war es auch, daß zum ersten Mal seit langen Jahren die nichtkommunistischen Gewerkschaftsorganisationen die Initiative zu einer großen Streikbewegung ergriffen. Die kommunistischen Gewerkschaftsführer waren von dieser Bewegung vollkommen überrascht und gaben erst die Streikparole heraus, als der Ausstand bereits effektiv war. Zum ersten Mal seit langen Jahren kam eine aus den sozialistischen und den bürgerlich-christlichen Gewerkschaften gebildete Opposition gegen eine Regierung des Groß- und Mittelbesitzes in einer außerparlamentarischen Aktion zum Ausdruck. Es ist den Kommunisten auch nicht gelungen, durch "Einheitsmanöver" die Streikbewegung in ihre Hände zu bekommen.

Die französische Regierung stand dieser Bewegung zunächst ohnmächtig gegenüber. Und dennoch hat sie großes Glück gehabt: Bei der Stimmung, die gegenwärtig in Frankreich gegen jene herrscht, die immer wieder einseitige Opfer fordern, hätte die Regierung mit einem Generalstreik aller Industriearbeiter zu rechnen gehabt, wäre die Bewegung der öffentlichen Dienste nicht im August, sondern im September zum Ausbruch gekommen, weil nämlich im August zahlreiche Betriebe der Privatindustrie geschlossen sind oder nur verlangsamt arbeiten. Es war schon ein Kunststück, die Sympathie der Bevölkerung für den Streik der Eisenbahner in einem Augenblick zu gewinnen, da Hunderttausende in die Ferien fahren wollten und durch den Streik daran gehindert wurden. Aber die Sympathie der Bevölkerung war unzweifelhaft vorhanden: Diese Tatsache allein beweist, daß der Streik der drei Millionen im Namen der gesamten arbeitenden Bevölkerung geführt wurde, die aller Regierungen überdrüssig ist, die seit Jahren versprechen, "alle Klassen" mit Opfern zu belasten und bei jeder Gelegenheit nur die kleinen Leute "opfern".

Die Regierung hat nicht kapituliert. Sie hat in einigen Dingen nachgegeben, in anderen, wesentlicheren nicht. Aber es ist gar kein

Zweifel, daß der politische Erfolg, auf lange Sicht gesehen, bei den Demonstrationen liegt. Die Warnung dieses Streiks ist nicht zu überhören; schon durch die Tatsache, daß er in so gewaltigem Ausmaß möglich war und so lange durchgehalten werden konnte, wird das absolut klar.

Es hat sich erwiesen, daß das Zwischenspiel Mendes-France, das in Frankreich die Hoffnung auf eine entschlossene Linksregierung auslöste, starke Wurzeln im Lande geschlagen hat. Es hat sich weiter gezeigt, daß Frankreich in der Masse seiner Bevölkerung eine Linksregierung wünscht, die entschlossene Maßnahmen auf Kosten der Besitzenden ergreift: Eine durchgreifende Steuerreform und die Einstellung des Krieges in Indochina, der allein ausreichen würde, um das Defizit auszugleichen neben anderen Maßnahmen in der gleichen Richtung. - In diesem Sinne kommt dem Massenstreik in Frankreich über den Tag und sein unmittelbares, vordergründiges Ergebnis hinaus eine große grundsätzliche politische Bedeutung zu. Sie kündigt zweifellos weitere soziale Bewegungen der gesamten Arbeiterschaft und - auf die Dauer - die Machtübernahme durch eine Regierung an, die gewillt ist, Frankreich auf andere Weise zu "sanieren". Die Parole der Sozialistischen Partei - Bildung einer "sozialen und demokratischen Front" - hat durch den Streik der freien Gewerkschaftsorganisationen in diesen Tagen an Gewicht gewonnen.

+ + +

Respekt vor öffentlichem Eigentum !

(sp) Adenauer hat Bonn im Salonwagen verlassen und eine Anzahl Journalisten mitgenommen, die seine Gäste sein werden, Deutsche und Ausländer. Es handelt sich dabei nicht um eine Dienstreise des Kanzlers Adenauer, sondern um eine Wahlkampagne des CDU-Vorsitzenden Adenauer. Es würde sich also von selbst verstehen, daß der mit Unternehmerrmillionen gut ausgestatteten CDU inzwischen von der Bundesbahn eine Rechnung über soundsoviel zurückzulogende Bahnkilometer präsentiert würde. Aber gerade das ist es, was in Bonn nicht so selbstverständlich ist.

Wir sind nicht kleinlich. Wir würden kein Wort über solche Dinge verlieren, wenn es Einzelfälle wären. Aber es sind eben keine Einzelfälle mehr. Es handelt sich dabei schon um eine weit verbreitete, um nicht zu sagen generelle Erscheinung. Es ist bei verschiedenen hohen Herren der Koalition zur lieben Gewohnheit geworden, bundeseigene Einrichtungen auch für Parteidzwecke in Anspruch zu nehmen. Es ist System geworden. Es läppert sich zusammen.

Herr Seebornm liebt das Leben im Salonwagen. Mag er. Solange er ihn als Verkehrsminister in Anspruch nimmt, geht es an. Wenn er aber mit seinem fahrbaren Untersatz in den Wahlkampf zieht, dann ist es eine andere Sache. So gibt es der Beispiele viele. Die Minister, besonders diejenigen, die gleichzeitig hohe Funktionäre ihrer Partei sind, schicken ihre Ministerialbeamten auf Staatskosten im Lande umher - in Parteiangelegenheiten. Im Bundeskanzleramt weiß man sowieso nicht mehr, wo verschiedene Herren anfangen und aufhören, parteipolitisch tätig zu sein. Das Bundespresseamt besoldet literarische Heckenschützen, die einen Privatkrieg gegen die Opposition führen. Andererseits sind Fälle bekanntgeworden, wo hauptamtlich tätige Parteifunktionäre, in Scheinämtern angestellt, aus öffentlichen Kassen Gehälter beziehen. Zu Naumann sollen (zur Vorbereitung von "Gesprächen") Beamte geschickt worden sein, deren Reisespesen aus der Staatskasse bezahlt wurden !

Wenn bei den Verantwortlichen das Gefühl für Schicklichkeit und für Respekt gegenüber dem öffentlichen Eigentum so sichtbar nachgelassen hat, dann ist es kein Wunder, wenn in den unteren Etagen der Bürokratie - wenigstens hier und dort - nicht ganz statthafte, obendrein noch durch persönlichen Egoismus getrübe Auffassungen anzutreffen sind. Es ist daher vielleicht kein Zufall, sondern eine vom Gesetz des Ablaufs gewollte Gleichzeitigkeit, daß sich gerade jetzt gewissermaßen im letzten Licht des Tages - über der Bürokratie der Bundeshauptstadt eine Gewitterwolke zusammenzuziehen begonnen hat. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Dinge, die gemeint sind, den größten Korruptionsskandal, flächenermäßig, darstellen, den die Geschichte der Bundesrepublik kennt. Die Beschuldigungen, die bekanntgeworden sind, richten sich gegen eine bestimmte Sparte innerhalb der öffentlichen Tätigkeit, berühren aber alle Bundesministerien, mit der einzigen Ausnahme des Finanzministeriums und außerdem auch fast alle anderen Dienststellen, die ihren Platz in Bonn haben, Präsidialkanzlei wie Dienststelle Blank.

Es gibt Stellen in Bonn, denen es sehr unangenehm ist, daß diese Dinge so kurz vor der Wahl aufgedeckt wurden. Und es wird, davon sind wir überzeugt, nicht an Bemühungen fehlen, diese Dinge zu bagatellisieren, zumal die Schwere der Fälle unterschiedlich zu sein scheint und die Untersuchungen bisher über ein gewisses Stadium nicht hinausgeführt wurden. Wenn aber von politischen Stellen der Versuch gemacht werden sollte, auf die Justizbehörden in einem entsprechenden Sinne einzuwirken, so müssen sie wissen, daß sie dann der Korruptionsaffäre einen weiteren, noch schlimmeren Skandal hinzufügen würden. Wir werden es daher nicht daran fehlen lassen, den infrage kommenden Stellen zum gegebenen Zeitpunkt und in aller Öffentlichkeit einige sehr detaillierte Fragen zu stellen.

Außerhalb des großen Stroms

th. Die letzte Sitzung der Volkskammer am 25. August brachte keinerlei politische Überraschungen. Sie sollte der Bevölkerung der Sowjetzone den großen Erfolg der Pankower Regierungsdelegation in Moskau noch einmal vor Augen führen. An die Adresse der Bundesrepublik gab es einige massive Drohungen und Verleumdungen der Ulbricht und Grotewohl - das war alles, zum mindesten in der Substanz. Der propagandistische Aufwand stand mit dieser Dürftigkeit in schroffem Gegensatz. Grotewohl hielt eine Rede von 30 Schreibmaschinenseiten Länge, seine Satelliten Muschke (Ost-CDU), Bolz (NDF) und Loch (LDF) begnügten sich mit knapp der Hälfte. Am Tage zuvor hatte Wilhelm Pieck die ostzonale Moskau-Delegation empfangen.

Der Eifer und das Tempo der aufeinanderfolgenden Szenenbilder seit dem Moskauer Auftakt und die Beflissenheit, mit der sich das Ulbricht-Regime seine eigene Bedeutung immer wieder zu bescheinigen versucht, zeigen, wie sehr und mit welchen Maßnahmen die Pankower Regierung bestrebt ist, das seit dem 17. Juni verlorengegangene Terrain wiederzugewinnen - das ist im Grunde ihr einziges Anliegen.

Aber es ist ein vergebliches Bemühen, denn für die Bevölkerung der sowjetischen Zone gibt es nur einen politischen Akt der Ulbrichts und Grotewohls, der von der Bevölkerung akzeptiert werden würde, und das ist ihr Abtreten von der politischen Bühne.

Dies ist die Frage, die man immer wieder stellen muß: Wann wird man auf sowjetischer Seite einsehen, daß es keine Möglichkeit gibt, die Bankrotteure von Pankow noch irgendwie aufs neue zu halten? Die Reden von Ulbricht, Grotewohl, Muschke usw. mit den versuchten Warnungen, Drohungen und Diffamierungen der großen Parteien, die in der Bundesrepublik im Wahlkampf stehen, beweisen ebenfalls nur die völlige Instinktlosigkeit dieser Leute, wenn sie glauben, auch nur den geringsten Einfluß auf die politische Willensbildung im deutschen Volk nehmen zu können. Die Regierung in Pankow steht außerhalb des großen Stroms, der das politische Bewußtsein des deutschen Volkes bestimmt. Auch das sollte von der sowjetischen Besatzungsmacht erkannt und in ihrer Deutschlandpolitik mit allen Konsequenzen berücksichtigt werden.

Verantwortlich: Peter Raunau